

**Rede
der Sprecherin für Spätaussiedler und Vertriebene**

Doris Schröder-Köpf, MdL

zu TOP Nr. 16b

Aktuelle Stunde

**„#HauAbGesetz“ verhindern - Seehofers
mensenrechtswidriges Abschiebepaket im
Bundesrat stoppen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3977

während der Plenarsitzung vom 19.06.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wie könnte man in dieser Woche eine Rede zum Themenkomplex „Flucht und Abschiebung“ halten, ohne über Walter Lübcke zu sprechen? Vor gut zwei Wochen wurde der CDU-Politiker und Kasseler Regierungspräsident, also ein Nachbar aus Hessen, nachts auf der Terrasse seines Hauses erschossen, höchstwahrscheinlich von einem bekannten Neonazi.

Walter Lübcke hatte im Herbst 2015, am 14. Oktober, seine Freude über das riesige ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete geäußert und bei einer Veranstaltung den Hatern vom Pegidaabteiler Kagida entgegengeschmettert: Wer die Werte des Grundgesetzes nicht vertrete, der könne jederzeit das Land verlassen. Das sei die Freiheit eines jeden Deutschen. - Seither war Walter Lübcke Zielscheibe von ungeheurer rechter Hetze bis hin zu Lynchaufrufen. Aus Worten ist in der Nacht des 2. Juni eine Tat geworden, ein Mord.

Spiegel-Online schrieb gestern, ich zitiere: „Wenn man jedoch das Unfassbare dieser Tage einordnen und vergleichen will, landet man in der Weimarer Republik: den Mord an einem Politiker aus rechtsextremen Gründen.“

Damals seien die Feinde der Republik zu milde davongekommen, das habe die Autorität der Republik unterhöhlt. Das dürfe auf gar keinen Fall noch einmal passieren. - So oder ähnlich lautet der Tenor in vielen Medien und in vielen persönlichen Gesprächen.

Eines schält sich in der Betrachtung der ersten Republik auf deutschem Boden besonders deutlich heraus: Die Radikalisierung der politischen Ränder beeinflusste auch damals Sprache und Verhalten der demokratischen Kräfte, führte zu Spaltungen dort, wo der gemeinsame Kampf gegen die Demokratiefeinde hätte aufgenommen werden sollen.

In diesen Zeiten müssen wir Demokratinnen und Demokraten sehr achtsam miteinander umgehen, und das will ich auch tun. Zumal vor dem Hintergrund des

Mordes an einem Menschenfreund wie Walter Lübcke noch einmal deutlich geworden ist, dass der Themenkomplex Flucht, Abschiebung, Zuwanderung der Nährboden für Menschen- und Demokratiefeinde schlechthin ist; das ist der Nährboden für Rechtsterrorismus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, Sie kennen mich aus der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit in der zurückliegenden Legislaturperiode gut genug, um zu wissen, dass auch ich über Teile des sogenannten Migrationspaketes sehr unglücklich bin, z. B. über § 1 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz. Danach ist für vollziehbar ausreisepflichtige Menschen mit Schutzstatus in einem EU-Land oder Drittstaat eine vollständige Leistungskürzung auf null - ich wiederhole: auf null - vorgesehen. Diese Regelung soll den Druck zur Ausreise erheblich erhöhen, so ist die Hoffnung. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, darf man diese Menschen - in Niedersachsen sind davon ca. 1.500 betroffen - wirklich in die Obdachlosigkeit schicken? Sollen sie unter Brücken schlafen und um Essen betteln? Unsere Behörden, vor allem das Innenministerium, haben große Zweifel an diesem Part des Gesetzes. Es sei fraglich, ob eine vollständige Leistungseinstellung verfassungsrechtlich tragfähig sei und vom Bundesverfassungsgericht gebilligt würde. Ich denke, auch ohne Entscheidung eines Gerichtes kann man bereits jetzt sagen: Das geht nicht.

Es ist unanständig, Menschen ohne Obdach und Essen zu lassen. Irgendeine Stelle wird sich dann kümmern müssen, seien es die Kommunen, seien es die Tafeln oder gar die Polizei. Das können wir nicht wollen, das hat mit geordneter Rückkehr nichts zu tun, sondern nur mit dem Abschieben von Kosten und Verantwortung zulasten Dritter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, das sogenannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz als Teil des Berliner Migrationspaketes sieht aber auch vor, die Schwelle zur erleichterten Abschiebung von Straftätern abzusenken. Dieser Teil könnte ein Beitrag sein, die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen langfristig sicherzustellen. Aus zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen in meinen sechs Jahren als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe weiß ich, dass das Thema Kriminalität von geflüchteten und auch gegen geflüchtete

Menschen besonders aufwühlt. Deshalb ist das im Sinne derer, die bei uns künftig noch Zuflucht suchen werden. Die Zahlen könnten wieder ansteigen, wenn Straftäter bei geringeren Strafen als bisher ausgewiesen werden können, u. a. bei einer Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr, beispielsweise in Fällen von Drogenkriminalität.

Auch bei antisemitischen Hassstraftaten wird künftig das Ausweisungsinteresse schwer wiegen, und das ist gut so.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Name „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ ist sicher ein Euphemismus. Das Ziel ist natürlich eine Erleichterung von Abschiebungen. Aber Ihren Titel „#HauAbGesetz‘ verhindern - Seehofers menschenrechtswidriges Abschiebepaket im Bundesrat stoppen“ empfinde ich als sprachlich grenzwertig.

Im Bundestag und hier im Landtag gehören die Grünen zur Opposition. Doch da, wo die Grünen im Maschinenraum der Realpolitik arbeiten, sprechen sie mit anderem Zungenschlag.

In unserem Nachbarland Hessen hat die grüne Sozialministerin kürzlich noch den Versuch verteidigt, eine hochschwangere Frau aus der Marburger Gegend, Fatima Abidi, nach Algerien abzuschleppen.

Und der Landtag in Kiel hat im März ein Abschiebehaftgesetz verabschiedet, das ursprünglich sogar vorsah, die Menschen nachts standardmäßig in ihren Zimmern einzuschließen. Das hat übrigens die SPD-Opposition heftig kritisiert. Der Passus wurde gestrichen. Aber dazu mehr am Donnerstag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Lage ist also wesentlich komplexer als der Titel für Ihre Aktuelle Stunde.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Bert Brecht schließen: „Ein guter Mensch sein! Ja, wer wär's nicht gern?“ Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, spreche ich auch Herrn Seehofer nicht ab.

Wir werden im Ausschuss weiterreden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.